



Mitgliederzeitung März 2018

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit dem letzten Sonntag haben wir jetzt Klarheit: Die Mitglieder unserer SPD haben sich mehrheitlich für eine Beteiligung an einer neuen Koalition mit der Union ausgesprochen. Eine Mehrheit von 66,02 Prozent stimmte für den mit der CDU/CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag und einen Eintritt in die Regierung. Mit Nein stimmten 33,98 Prozent. 463.722 SPD-Mitglieder waren vom 20. Februar bis zum 2. März aufgerufen, über eine Neuaufgabe einer Koalition mit der CDU und CSU zu entscheiden. Insgesamt wurden 378.437 Stimmen abgegeben, davon waren am Ende 362.933 gültig. Die Beteiligung lag damit bei 78,39 Prozent. 239.604 Mitglieder stimmten mit Ja, 123.329 mit Nein. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir alle haben uns unsere Entscheidung nicht leicht gemacht. Ich finde, dennoch, Das waren wichtige und spannende Debatten. Nun steht fest: 161 Tage nach der Bundestagswahl geht damit die bislang längste Regierungsbildung in die Endphase. Die Wahl Merkels zur Kanzlerin ist für den 14. März im Bundestag geplant. Wie geht es jetzt weiter? Zunächst stellt sich die Frage der personellen Erneuerung. Den SPD-Vorsitz soll Andrea Nahles als erste Frau in der Geschichte der Partei bei einem Sonderparteitag am 22. April übernehmen. Bis dahin führt Olaf Scholz die SPD kommissarisch. Der Hamburger Bürgermeister soll Bundesfinanzminister und Vizekanzler werden. Der SPD Vorstand will die Besetzung ihrer sechs Ministerien - darunter auch Außen und Arbeit/Soziales - in den kommenden Tagen bekanntgeben. Mit Spannung wird erwartet, wer das Auswärtige Amt bekommen wird. Das Ergebnis hat große Auswirkungen auf die Hamburger Politik: Nach dem Ja zur Koalition geht Olaf Scholz wohl als Vizekanzler und Bundesfinanzminister nach Berlin. In den kommenden Tagen müsste wir, als Hamburger SPD einen Parteitag durchführen, auf dem ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Olaf Scholz als Bürgermeister/in vorgeschlagen wird. Für den Fall, dass Olaf Scholz wie erwartet nach Berlin geht, gilt unser Fraktionschef in der Bürgerschaft Andreas Dressel als erster Anwärter auf das Amt des Ersten Bürgermeisters. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ihr seht nach dem Mitgliedervotum stehen noch viele Diskussionen vor uns. Ich freue mich auf darauf. Gemeinsam wollen wir die Zukunft unserer Partei gestalten und wieder der Ort werden, an dem die großen Zukunftsfragen unserer Zeit debattiert werden. Für welche Inhalte machen wir uns stark?

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Ernst

SPD

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 13. März 2018

Thema: Nach dem Mitgliedervotum - Erneuerung der SPD

**Ort: BraKula
Vorderhaus, 1 OG
Bramfelder Chaussee 265
22177 Hamburg**

Veranstaltungsort



Uhrzeit: 19:30 Uhr



Terminvorschau

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 10. April 2018

Ort: BSV-Treff

**Thema: Bedingungsloses Grundeinkommen
Referent: Wolfgang Rose, MdHB**

Impressum:

SPD Bramfeld-Süd
Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg

Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de

E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de



Thema

Bedingungsloses Grundeinkommen

Liebe Genossinnen und Genossen, auf unserer Distriktsversammlung im April haben wir die Diskussion über das Pro und Contra des Bedingungslosen Grundeinkommens gesetzt. Zu diesem Thema haben wir als kompetenten Referenten unseren Bürgerschaftsabgeordneten Wolfgang Rose eingeladen. Damit ihr euch schon einmal in das Thema rein lesen könnt haben wir schon einmal einen kurzen Überblick zu diesem Thema in der aktuellen Mitgliederzeitung angefertigt. Viel Spaß beim Lesen.

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

ist ein sozialpolitisches Finanztransferkonzept, nach dem jeder Bürger – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche – vom Staat ausgezahlte – finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen (Transferleistung). Es wird in Finanztransfermodellen meist als eine Finanzleistung diskutiert, die ohne weitere Einkommen oder bedingte Sozialhilfe existenzsichernd wäre, in Form eines Bürgergelds. Das Konzept des BGE sieht eine Zuwendung für jedermann vor. Es würde weder eine sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung erfolgen noch eine Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gefordert. Auf der anderen Seite entfallen alle allgemeinen steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Inwieweit besondere soziale Bedürftigkeit gesondert berücksichtigt wird, unterscheidet sich in den verschiedenen Modellen. Die grundsätzliche Begründung eines BGE wird darin gesehen, dass es jedem Menschen ermögliche, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Das BGE schaffe die Voraussetzung zur individuellen Freiheit zur Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden. In diesem Kontext wird diskutiert, ob das bedingungslose Grundeinkommen als Instrument der Freiheit den Liberalismus aus der Krise führen kann. Die gesellschaftliche Entwicklung habe dazu geführt, dass nur ein Teil der Tätigkeiten in der modernen, marktorientierten Gesellschaft als Arbeit entlohnt werde. Tätigkeiten im sozialen Bereich wie beispielsweise in der Kindererziehung, in der Betreuung nicht selbstständiger Menschen (Alte, Behinderte) oder in der Jugendarbeit würden hingegen zumeist nicht finanziell vergütet, es sei denn, diese Tätigkeiten sind institutionalisiert. Das BGE solle hier für einen Ausgleich sorgen. Jetzt wisst ihr worüber wir diskutieren wollen. Ausführliche Pro und Contra Positionen erscheinen im kommenden Roten Dorfplatz.

Meinung

Die SPD muss realisieren, dass es den typischen sozialdemokratischen Wähler nicht mehr gibt. Daher kann und darf die SPD nicht wieder dahin inhaltlich zurückkehren, wo sie einmal war. Sie muss dorthin, wohin ihr die Menschen folgen. Das abstrakte Motto "Zeit für Gerechtigkeit", der Wahlkampfeslogan 2017, ist wegen der großen Heterogenität der Wählerschaft verkommen zu einem großen "Wünsch dir was" ohne substanzielles Fundament. Es ist unsinnig, diese diverse Wählerschaft in bessere oder schlechtere Zielgruppen zu unterteilen. Sonst gibt die SPD den Anspruch auf, eine Volkspartei zu sein.

Der politische Kurs der Sozialdemokratie der letzten zwanzig Jahre war ein zielloses Zickzack. Vom Schröder-Blair-Papier 1999, der Agenda 2010 und der Abgeltungssteuer von 25 Prozent zum Mindestlohn und Transaktions- und Vermögenssteuer sind es argumentativ weite Wege. Zwischendurch wollte die SPD auch mal zur neuen liberalen Partei werden, während sie gleichzeitig Gesetze schrieb, die Bürgerrechte einschränkten. Es lässt sich dabei nicht nur kritisieren, dass die Konzepte unvereinbar scheinen. Das Problem ist vielmehr, dass der konzeptionelle Überbau der Sozialdemokratie fehlt. Ob Mindestlohn, Mietpreisbremse oder Bürgerversicherung – an Instrumenten mangelt es der SPD nicht. Doch Instrumente allein reichen nicht. Es bedarf einer Idee, einer Vision, wie das 21. Jahrhundert gestaltet nicht nur verwaltet werden soll. Auf die Frage "Wie stellt sich die SPD eine Gesellschaft im 21. Jahrhundert vor?" kann man weder mit "Bürgerversicherung!" antworten noch mit abstrakten Claims wie "Zeit für mehr Gerechtigkeit". Das erinnert mehr an den sinnentleerten Slogan: "Zukunft ist gut für alle".

Die Digitalisierung sorgt für eine massive Umwälzung in allen Lebensbereichen. In der Kommunikation und der Mediennutzung sind wir mittendrin, die Digitalisierung der Arbeit, Wirtschaft und Bildung hat noch nicht einmal wirklich begonnen. Die Frage ist, ob Politik – und die Sozialdemokratie im Speziellen – diese Veränderung gestalten möchte oder ob sie das dem freien Markt überlassen will. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche hat enorme soziale Auswirkungen. Ob unsere Gesellschaft von der Digitalisierung profitiert oder nicht, wird sich erst in den kommenden Jahren entscheiden. Negativszenarien sind die Monopolisierung von Daten, stärkere Überwachung und Arbeitsplatzverluste, die auch die Mittelschicht betreffen könnten. Dem stehen Chancen der Digitalisierung gegenüber, die wir ebenfalls diskutieren müssen.



Aus der Bürgerschaft



Verkauf der HSH Nordbank – Schadensbegrenzung für Hamburg !?

Mit einer Regierungserklärung informiert der Erste Bürgermeister Olaf Scholz am 28. Februar 2018 in der Hamburgischen Bürgerschaft über den Verkauf der HSH Nordbank. "Wir wollen die unrühmliche und das Vermögen der Länder hoch belastende Geschichte der HSH als öffentliche Landesbank damit endgültig abschließen", sagte er. Scholz sprach von einem sehr guten Ergebnis der Verkaufsverhandlungen. Die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein wird von amerikanischen und britischen Finanzinvestoren übernommen. Das Abenteuer Landesbank kostet die beiden Länder bis zu 14 Milliarden Euro. In seiner Erklärung sagte er, verantwortungslos seien Risiken eingegangen worden, bis zu 65 Milliarden Euro hätte die Bank Hamburg kosten können. Verglichen damit sei es ein guter Tag für Hamburg und Schleswig-Holstein, so Scholz: "Wir erzielen einen positiven Kaufpreis, ohne dass die Länder weitere Risiken aus dem Altgeschäft der Bank zurückbehalten. Das haben viele noch vor kurzer Zeit für völlig unmöglich gehalten." Scholz versprach der Bürgerschaft vollständige Transparenz über Einzelheiten des Verkaufs. Ein Fortbestand der HSH Nordbank mit neuen Eigentümern und einem nachhaltigen neuen Geschäftsmodell sei gut für den Wirtschafts- und Finanzplatz im Norden, sagte Hamburgs Bürgermeister. Mit der Privatisierung habe man eine riskante Abwicklung des einst weltgrößten Schiffsfinanzierers verhindert. Denn dies wäre "mit einem vollständigen Verlust aller Arbeitsplätze sowie hohen zusätzlichen Risiken für die Länder, das Sicherungssystem der Sparkassen und Landesbanken und weitere Akteure des Finanzmarktes verbunden" gewesen. Zehn Jahre lang stand das Geldinstitut für Misswirtschaft, Skandale und Verluste. Wie am Vormittag bei einer Pressekonferenz in Kiel bekannt wurde, kaufen Finanzinvestoren aus den USA und Großbritannien die gemeinsame Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein für rund eine Milliarde Euro. Die New Yorker Investmentgesellschaft Cerberus und der US-Investor J. Christopher Flowers übernehmen die meisten Anteile der HSH Nord....

Insbesondere die SPD muss eines ihrer politischen Hauptziele, die Teilhabe aller, mit Bezug zur Digitalisierung neu definieren. Dabei ist die Digitalisierung zwar ein großes Zukunftsthema, aber bei Weitem nicht das einzige: Fragen der Migration, des Miteinanders in einer weiter globalisierten Welt, der Zukunft der Arbeit (Arbeitszeitverkürzung in einer digitalisierten Welt als Stichwort), Klimawandel und erneuerbare Energien sind ebenfalls elementar. Die Sozialdemokratie muss selbstbewusst sein. Wenn sie eine zukunftsorientierte Gesellschaftsidee bieten kann, werden junge Menschen die SPD für sich entdecken. wenn Jugendliche und junge Erwachsene erkennen, dass sich die SPD um die Probleme und Lösungen für die Zukunft Gedanken macht, werden vielleicht auch die Enttäuschten erkennen, was sie an der SPD haben.
Frank Karrenberg

Aus unserem Distrikt

Am 13. Februar traf sich der Distrikt Bramfeld-Süd zur Jahreshauptversammlung. Auf dieser fanden die Organisationswahlen für die kommenden zwei Jahre statt. Zunächst berichtete Andreas Ernst als Vorsitzender über die Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre. Bei den anschließenden Wahlen wurde Andreas Ernst als Vorsitzender von den anwesenden Mitgliedern wiedergewählt. Ihm werden auch zukünftig Heinz Plezia und Frank Karrenberg als Stellvertreter zur Seite stehen. Jutta Rose wurde als Kassiererin des Distrikts einstimmig bestätigt. Der Vorstand wird komplettiert durch folgende Beisitzer: Jens Schwieger, Christine Krahl, Max Maybaum, Wieland Kerschner, Oke Tadsen und Leonard Judt. Die SPD Bramfeld-Süd geht die kommenden, schwierigen Monate mit einer Menge Schwung an.

In ihren Vorstandsfunktionen wurden bestätigt: Andreas Ernst (1. Vorsitzender), Frank Karrenberg und Heinz Plezia (stellvertretende Vorsitzende), Jutta Rose (Kassiererin) und die Beisitzer Wieland Kerschner, Christine Krahl, Max Maybaum, Jens Schwieger. Als neue Beisitzer begrüßen wir Leonard Judt und Oke Tadsen.





bank und halten künftig rund 80 Prozent des Instituts, wie die Kieler Landesregierung und der Hamburger Senat am Mittwoch mitteilten. Kleinere Anteile gehen an die amerikanische Gesellschaft GoldenTree und an Centaurus Capital aus London sowie an die österreichische Bawag, die Cerberus zuzurechnen ist. Die Länder verzichten auf die Möglichkeit, vorübergehend an einer Minderheitsbeteiligung festzuhalten. Sie verkaufen 94,9 Prozent der Anteile. Die restlichen 5,1 Prozent lagen schon zuvor bei Flowers. Der Kaufpreis könnte sich allerdings noch reduzieren, falls die Bank die Verlustgarantie der Länder von zehn Milliarden Euro nicht voll in Anspruch nimmt. Diese Garantie soll vorzeitig beendet und an die Käufer ausgezahlt werden. Dafür erhalten die Länder einen Ausgleichsbetrag von 100 Millionen Euro. Der Hamburger Senat und die Landesregierung Schleswig-Holsteins stimmten dem Kaufvertrag zu. Der Kieler Landtag und die Hamburgische Bürgerschaft müssen jedoch noch zustimmen - ebenso wie die EU-Kommission, die Finanzaufsicht BaFin und die Europäische Zentralbank. Die diversen Prüfungen und Verfahren werden Monate in Anspruch nehmen, sodass eventuell erst im Herbst mit dem formellen Abschluss der Transaktion zu rechnen ist.

Aus der Bürgerschaft

Hamburg hat einen neuen Feiertag

In Hamburg ist ab diesem Jahr der 31. Oktober frei: Die Hamburgische Bürgerschaft hat am Mittwoch dafür gestimmt, dass der Tag der Reformation auch in der Hansestadt zum gesetzlichen Feiertag wird. Zusätzlich gibt es ein besonderes Angebot, um die freie Zeit zu gestalten: An jedem 31. Oktober soll der Eintritt in die öffentlichen Museen gratis sein, damit sich die Hamburger mit Stadtgeschichte, Kunst und Kultur auseinandersetzen können. Die Einnahmeausfälle werden den Museen aus zentralen Mitteln der Stadt erstattet. "Es soll kein Luther-Gedenktag werden", sagte SPD-Fraktionschef Andreas Dressel. Der Tag der Reformation werde in der Hansestadt nicht ein rein protestantischer, sondern ein interreligiöser Feiertag. Ähnlich äußerte sich die Grünen-Abgeordnete Stefanie von Berg: "Für mich steht der 31.10. dafür, dass unsere Gesellschaft immer wieder Erneuerung braucht. Dass Missstände benannt werden und auch Werte und Prinzipien neu überdacht werden." Weil Schleswig-Holstein sich bereits auf den 31. Oktober festgelegt habe und Niedersachsen und Bremen voraussichtlich nachzögen, gebe es auch "ganz praktische Gründe für den Tag", sagte CDU-Fraktionschef André Trepoll. "Denn wenn wir Pendler haben, die



nach Niedersachsen pendeln und dort arbeiten müssen, aber die Schulen hier in Hamburg oder die Kitas geschlossen haben, dann macht das auch keinen Sinn." Die Hamburger hätten sich einen zusätzlichen Feiertag verdient, der Abstand zum Süden bei der Zahl der Feiertage sei dann noch immer groß. Die CDU-Fraktion hatte zusammen mit Abgeordneten der SPD und der Grünen einen entsprechenden Gruppenantrag eingebracht. Am Ende stimmten 66 Unterstützer von 121 Abgeordneten für den 31. Oktober. Keine Mehrheit fanden drei andere Vorschläge für einen zusätzlichen Feiertag: Der Tag der Befreiung am 8. Mai, also die Kapitulation Hitler-Deutschlands 1945, der Internationale Frauentag am 8. März und der Tag des Grundgesetzes am 23. Mai. Als Zeichen dafür, dass der neue Feiertag kein rein protestantischer Feiertag werden soll, wurde der Name "Tag der Reformation" statt "Reformationstag" gewählt. Die FDP-Fraktion bezeichnete das als Wortklauberei. Ein zusätzlicher Feiertag sei unnötig, sagte Fraktionschefin Anna von Treuenfels-Frowein. Er schade nicht nur der Wirtschaft - viele Berufsgruppen müssten ohnehin arbeiten. Die FDP-Fraktion kritisierte außerdem scharf, dass es keine ergebnisoffene Parlamentsdebatte gab: Schließlich hätten sich die norddeutschen Regierungschefs bereits vor Wochen darauf verständigt, den 31. Oktober zum gemeinsamen Feiertag im Norden zu machen. Der Reformationstag erinnert an Martin Luthers Anschlag seiner 95 Thesen vor 500 Jahren am 31. Oktober 1517 an die Schlosskirche in Wittenberg (Sachsen-Anhalt). Dieser Tag gilt als Geburtsstunde der Reformation. In den Thesen kritisierte Luther etwa den Ablasshandel zum Sündenerlass, mit dessen Einnahmen der Petersdom in Rom erneuert werden sollte. Luther kritisierte das als einen Missbrauch und rief zur Rückbesinnung auf die Bibel auf.



Aus dem Bund

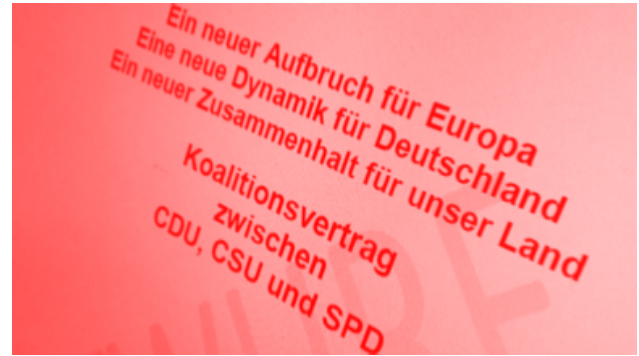
Hamburg setzt wichtige Impulse und würde von Koalitionsvereinbarung im Bund profitieren

Der ausverhandelte Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union im Bund würde auch für Hamburg ganz konkrete Verbesserungen mit sich bringen. Der Koalitionsvertrag trägt nicht nur eine klare sozialdemokratische, sondern auch eine klare Hamburger Handschrift – und unsere Stadt profitiert ganz konkret, zum Beispiel im Bereich Kita-Qualität, im Bereich Verkehrsinfrastruktur oder auch im Bereich der zunehmenden Digitalisierung an den Schulen.

Der Koalitionsvertrag sieht unter anderem vor, dass 12 Milliarden Euro in die Bereiche Familienförderung, Kinder und Soziales fließen sollen, davon sind 3,5 Milliarden Euro für die Verbesserung bei der Qualität und den Kita-Gebühren vorgesehen. Das greift die Hamburger Politik auf, die in den vergangenen Jahren auch finanzpolitisch einen klaren Schwerpunkt auf Bildung von Anfang an und Familienfreundlichkeit gesetzt hat. Unsere Stadt hat ein beispiellos gut ausgebautes Kita-Angebot und Betreuungsgarantien für erwerbstätige Eltern. Hinsichtlich der Steigerung der Qualität sind wir auf einem guten Weg. Der Koalitionsvertrag schafft auch hier aber noch einmal gute Rahmenbedingungen, um diese Fortschritte abzusichern. Für die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderzuschlags sind zusammen 4,5 Milliarden Euro eingeplant. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Wir haben hier in Hamburg, soweit die Stadt selbst darauf Einfluss hat, die Leiharbeit zurückgedrängt und das Instrument der Befristung auf das Nötigste beschränkt wird. Unser Ziel ist weiterhin, dass eine Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund nicht mehr möglich ist. Die CDU wollte sich da erst gar nicht bewegen. Jetzt – Beharrlichkeit zahlt sich aus – soll die sachgrundlose Befristung zurückgedrängt werden und in der Dauer verkürzt werden.

Der Koalitionsvertrag mache außerdem deutlich, dass Hamburg in vielen Bereichen Impulsgeber ist. Im Koalitionsvertrag ist der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2025 festgeschrieben. Wir haben das Thema hier bei uns in Hamburg schon längst auf der Agenda. Seit 2013/14 treiben wir die flächendeckende Ganztagsbetreuung massiv voran – mit einer Teilnahmequote von mittlerweile über 88 Prozent sind wir deutschlandweit Spitze.



Spielplatz Olewischtwiet in Bramfeld wird neugestaltet

In diesem Monat beginnen die Umbauarbeiten auf dem Spielplatz an der Olewischtwiet in Bramfeld. SPD und Grüne haben in der Bürgerschaft ein systematisches Erhaltungsmanagement mit dem Investitionsprogramm in Hamburgs Spielplätze beschlossen. Rund 750 öffentliche Spielplätze werden nun erfasst und bewertet, damit künftig zielgerichtet und kurzfristig der Zustand der Spielplätze verbessert werden kann. Das Programm hat das Erhaltungsmanagement für Straßen und Wege (EMS-HH) als Vorbild, das der SPD-Senat bereits in der vorherigen Wahlperiode eingeführt hat. Mit dem EMS-HH wird die Sanierung von Hamburgs Infrastruktur nachhaltig und planvoll erneuert. Bereits für den Haushalt 2017/2018 hat die Bürgerschaft das Budget der Bezirke für Spielplätze um weitere 2,5 Millionen Euro erhöht. Es ist wichtig, dass wir für unsere Spielplätze ordentlich Geld investieren. Es ist schön, dass in Bramfeld ein toller, vollkommen neu gestalteter Spielplatz entstehen wird. Die Umgestaltung wurde 2016 vom Künstler Kai Teschner und Kindern geplant. Auf 2.500 Quadratmetern gibt es ein abwechslungsreiches Angebot für große und kleine Kinder, darunter natürlich Sandkisten und Spielgeräte. Pünktlich zum Beginn der Spielplatz-Saison soll die Anlage ab Mai 2018 wieder den Kindern zugänglich gemacht werden.

